

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1954

Ausgegeben am 31. August 1954

40. Stück

- 201.** Verordnung: Abänderung der Kraftfahrvergütungsverordnung.
202. Verordnung: Bezeichnung der örtlichen Herkunft von Mitteln zur Körper- und Schönheitspflege.
203. Verordnung: 2. Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz.
204. Deklaration, durch welche die Handelsbeziehungen zwischen gewissen Vertragsstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens und Japan eine Regelung erfahren.
205. Deklaration betreffend die fortgesetzte Anwendung der Listen im Anhang zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen.

201. Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 29. Juni 1954, womit die Kraftfahrvergütungsverordnung, BGBl. Nr. 229/1949, abgeändert wird.

Auf Grund des § 16 des Kraftfahrgesetzes 1946, BGBl. Nr. 83/1947, in der Fassung des Art. I Z. 11 der Kraftfahrgesetznovelle 1951, BGBl. Nr. 142, wird verordnet:

Der § 3 Abs. 1 der Kraftfahrvergütungsverordnung, BGBl. Nr. 229/1949, hat zu lauten:

„Der Gesamtbetrag der einer Person auf Grund der vorhergehenden Paragraphen zukommenden Vergütungen darf für die in einem Kalenderjahr vorgenommenen Amtshandlungen je 5400 S für Kraftfahrzeugprüfungen und Lenkerprüfungen nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag für Kraftfahrzeug- und Lenkerprüfungen zusammen darf jedoch 7200 S nicht übersteigen.“

Illig

202. Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 9. Juli 1954 über die Bezeichnung der örtlichen Herkunft von Mitteln zur Körper- und Schönheitspflege.

Auf Grund des § 32 des Bundesgesetzes vom 26. September 1923, BGBl. Nr. 531, gegen den unlauteren Wettbewerb wird verordnet:

§ 1. Mittel zur Körper- und Schönheitspflege im Sinn dieser Verordnung sind die in der Anlage aufgezählten, äußerlich anzuwendenden Zubereitungen.

§ 2. (1) Mittel zur Körper- und Schönheitspflege dürfen nur unter Ersichtlichmachung ihrer örtlichen Herkunft gewerbsmäßig verkauft, feilgehalten oder sonst in den Verkehr gebracht werden.

(2) Das Feilhalten und der Verkauf von Mitteln zur Körper- und Schönheitspflege an den Letztabnehmer ist jedoch ohne Ersichtlichmachung ihrer örtlichen Herkunft zulässig, wenn die Mittel zur Körper- und Schönheitspflege vom Detailhändler in Großbehältnissen bezogen und in Kleinbehältnisse abgefüllt worden sind, sofern diese Kleinbehältnisse unbezeichnet oder nur mit der Geschäftsbezeichnung des Detailhändlers versehen sind.

(3) In allen anderen Fällen ist die örtliche Herkunft nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ersichtlich zu machen.

§ 3. Auf der äußeren Verpackung und auf dem Behältnis, soweit ein solches verwendet wird, ist die deutlich lesbare Aufschrift in lateinischen Buchstaben „Erzeugt in“ mit Angabe des Erzeugungsortes und des Erzeugungslandes anzubringen. Zur Bezeichnung des Erzeugungslandes dürfen auch allgemein gebräuchliche Abkürzungen verwendet werden. Bei inländischen Erzeugnissen genügt die Aufschrift „Erzeugt in Österreich“ oder „Österreichisches Erzeugnis“ oder die Anbringung einer registrierten Verbandsmarke, wenn diese auf die österreichische Herkunft des mit ihr gekennzeichneten Erzeugnisses hinweist.

§ 4. Der Vorschrift des § 2 Abs. 1 ist entsprochen, wenn

- a) ein im Ausland hergestelltes Mittel zur Körper- und Schönheitspflege in Österreich ohne jede Veränderung in Verkehr gesetzt wird und die Originalverpackung oder das Behältnis eine deutlich sichtbare Angabe des Erzeugungsortes und Erzeugungslandes oder, wenn bereits aus der Angabe des Erzeugungsortes eindeutig auf das Erzeugungsland geschlossen werden kann, des Erzeugungsortes allein aufweist, oder

- b) ein im Ausland hergestelltes Mittel zur Körper- und Schönheitspflege in Österreich ohne eine seine Zusammensetzung beeinflussende Handlung lediglich in andere Behältnisse gebracht und in der Originalaufmachung des im Ausland befindlichen Unternehmens in Verkehr gesetzt wird, sofern es neben dem Hinweis auf den ausländischen Hersteller mit der deutlich lesbaren Aufschrift in lateinischen Buchstaben „In Österreich verpackt“ versehen ist, oder
- c) ein Mittel zur Körper- und Schönheitspflege von einer österreichischen Zweigniederlassung eines im Ausland befindlichen Stammunternehmens hergestellt wird, sofern die Erzeugung nachweisbar nach den Originalformeln und Originalverfahren sowie unter der Kontrolle des Stammunternehmens aus den von diesem erzeugten und gelieferten charakteristischen Grundstoffen erfolgt und das Erzeugnis auf der Verpackung und auf seinem Behältnis, soweit ein solches verwendet wird, die deutlich lesbare Aufschrift in lateinischen Buchstaben „Zweigniederlassung der Firma in“ mit Angabe des Stammunternehmens und des Sitzes der Zweigniederlassung trägt, oder
- d) ein Mittel zur Körper- und Schönheitspflege durch einen mit dem Alleinvertretungsrecht für Österreich betrauten Vertreter eines im Ausland befindlichen Unternehmens hergestellt wird, sofern die Erzeugung nachweisbar nach den Originalformeln und Originalverfahren sowie unter der Kontrolle des Unternehmens aus den von diesem erzeugten und gelieferten charakteristischen Grundstoffen erfolgt und das Erzeugnis auf der Verpackung und auf seinem Behältnis, soweit ein solches verwendet wird, die deutlich lesbare Aufschrift in lateinischen Buchstaben „Alleinvertretung der Firma für Österreich“ mit Angabe des Unternehmens sowie des Namens und des gewerblichen Standortes des Vertreters trägt.

§ 5. Diese Verordnung tritt sechs Monate nach ihrer Kundmachung in Wirksamkeit.

Illig

Anlage

Toiletteseife,
Rasierseife,
Rasiercreme,

Shampoo,
Parfums,
Kölnischwasser,
Toilettewasser,
Desodorierende Mittel,
Zahnseife,
Zahnpasta,
Zahnpulver,
Mundwässer,
Haarfixative,
Kosmetische Haaröle,
Brillantine,
Kosmetische Haarwässer,
Haarfärbemittel,
Haarentferner,
Wimperntuschen,
Massageöle,
Hautöle,
Kosmetische Hautcremen und Salben,
Schminken,
Lippenstifte und Augenbrauenstifte,
Nagellack,
Nagellackentferner,
Gesichtspackungen,
Gesichts- und Körperpuder,
Badesalze und Badezusätze.

203. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 14. Juli 1954, womit die 1. Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, abgeändert wird (2. Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz).

Auf Grund des § 5 Abs. 2 des Bazillenausscheidergesetzes, StGBI. Nr. 153/1945, wird im Einvernehmen mit den Bundesministerien für Land- und Forstwirtschaft und für Handel und Wiederaufbau verordnet:

Der § 4 der Verordnung vom 20. März 1946, BGBl. Nr. 128, zur Durchführung des Gesetzes über die gesundheitliche Überwachung der mit der Herstellung und Abgabe von Nahrungs- und Genußmitteln befaßten Personen (1. Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz) hat zu lauten:

„§ 4. Wiederholungsuntersuchungen im Sinne der Bestimmungen des § 2 des Bazillenausscheidergesetzes haben im Geltungsbereich dieser Verordnung ab dem der Verlautbarung folgenden Monatsersten in Zeitabständen von je zwölf Monaten zu erfolgen.“

Maisel

204.

Nachdem die Deklaration vom 24. Oktober 1953, durch welche die Handelsbeziehungen zwischen gewissen Vertragsstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens und Japan eine Regelung erfahren, und die also lautet:

(Übersetzung)

Declaration regulating the Commercial Relations between certain Contracting Parties to the General Agreement on Tariffs and Trade and Japan.

CONSIDERING that

(i) the Government of Japan on 18 July 1952 made a formal request to accede to the General Agreement in accordance with the provisions of Article XXXIII,

(ii) a condition precedent to proceeding with this application would be the holding of satisfactory tariff negotiations between the contracting parties and Japan,

(iii) it is not at present possible for arrangements to be made for such negotiations in the near future,

(iv) accordingly it is not possible for the CONTRACTING PARTIES to proceed at this time with the application of the Government of Japan to accede,

(v) at the Seventh Session it had been recognized that Japan should take her rightful place in the community of trading nations,

(vi) the Government of Japan has so far been unilaterally granting in matters of trade, most-favoured-nation treatment to all contracting parties whether or not they accord most-favoured-nation treatment to Japan,

Déclaration régissant les relations commerciales entre certaines Parties Contractantes à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce et le Japon.

CONSIDERANT

(i) que le gouvernement du Japon a présenté, le 18 juillet 1952, une demande formelle d'adhésion à l'Accord général conformément aux dispositions de l'article XXXIII,

(ii) qu'une condition préalable pour donner suite à cette demande serait que des négociations tarifaires satisfaisantes aient lieu entre les parties contractantes et le Japon,

(iii) qu'il n'est pas possible à l'heure actuelle de conclure des arrangements pour de telles négociations dans le proche avenir,

(iv) qu'en conséquence, il n'est pas possible, en ce moment, que les PARTIES CONTRACTANTES donnent suite à la demande d'adhésion présentée par le gouvernement du Japon,

(v) que lors de la septième session, il a été admis que le Japon devrait prendre la place qui lui revient dans la communauté des nations commerçantes,

(vi) que le gouvernement du Japon a jusqu'à présent accordé unilatéralement, en matières commerciales, le traitement de la nation la plus favorisée à toutes les parties contractantes que celles-ci appliquent ou non le même traitement au commerce avec le Japon,

Deklaration, durch welche die Handelsbeziehungen zwischen gewissen Vertragsstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens und Japan eine Regelung erfahren.

IN DER ERWÄGUNG,

1. daß die japanische Regierung am 18. Juli 1952 das formelle Ansuchen gestellt hat, im Sinne der Bestimmungen des Artikels XXXIII dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen beitreten zu dürfen,

2. daß eine der der Behandlung eines derartigen Ansuchens vorausgehenden Bedingungen die zufriedenstellende Durchführung von Zollverhandlungen zwischen den Vertragsstaaten und Japan ist,

3. daß es derzeit nicht möglich ist, derartige Verhandlungen für die nahe Zukunft anzuberaumen,

4. daß es daher den VERTRAGSSTAATEN nicht möglich ist, diesmal das Ansuchen Japans um Beitritt zu erledigen,

5. daß bei der VII. GATT-Tagung anerkannt wurde, daß Japan seinen Platz in der Gemeinschaft der handeltreibenden Staaten einnehmen sollte,

6. daß die japanische Regierung bisher einseitig in Angelegenheiten des Handels allen Vertragsstaaten die Behandlung der Meistbegünstigung gewährt hat, und zwar unabhängig davon, ob diese Vertragsstaaten ihrerseits Japan die Meistbegünstigung eingeräumt haben,

Those contracting parties to the General Agreement on Tariffs and Trade on behalf of which this Declaration has been accepted (hereinafter called "the participating contracting parties") and the Government of Japan

Les parties contractantes à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce au nom desquelles la présente Déclaration a été acceptée (dénommées ci-après « les parties contractantes participantes ») et le gouvernement du Japon,

I. ERKLÄREN jene Vertragsstaaten zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (im folgenden „teilnehmende Vertragsstaaten“ genannt), in deren Namen diese Erklärung angenommen wurde, und Japan,

1. DECLARE that

- (a) pending the conclusion of tariff negotiations with Japan with a view to the accession of that country under the provisions of Article XXXIII, and without prejudice to the freedom of individual contracting parties on the question of such later accession, the commercial relations between the participating contracting parties and Japan shall be based upon the General Agreement as if the provisions of the arrangement for the application of the General Agreement to acceding governments, approved by the CONTRACTING PARTIES on 23 October 1951 (*Basic Instruments and Selected Documents*, Volume 1, pages 111 to 115), were embodied in this Declaration and as if the Schedule annexed to this Declaration were the schedule of an acceding government within the terms of the said arrangement;

- (b) in view of the provisional nature of the status of the islands referred to in Article 3 of the Treaty of Peace with Japan, this Declaration shall not require any modification in the present arrangements for trade between Japan and such islands;

1. DECLARENT que

- (a) en attendant la fin de négociations tarifaires avec le Japon en vue de l'adhésion de ce pays à l'Accord général en vertu des dispositions de l'article XXXIII, et sans qu'il soit porté atteinte à la latitude laissée à chacune des parties contractantes de se prononcer sur la question d'une telle adhésion ultérieure, les relations commerciales entre les parties contractantes participantes et le Japon seront fondées sur l'Accord général de la même manière que si les dispositions de l'arrangement prévu pour l'application dudit Accord à de nouveaux gouvernements adhérents, approuvé par les PARTIES CONTRACTANTES le 23 octobre 1951 (*Instruments de base et documents divers*, volume I, pages 116 à 120), étaient incorporées dans la présente Déclaration et si la liste annexée à celle-ci était la liste d'un gouvernement adhérent, aux termes de l'arrangement précité;

- (b) en raison du caractère provisoire du statut des îles visées à l'article 3 du Traité de paix avec le Japon, la présente Déclaration n'entraînera pas de modification des arrangements actuels concernant le commerce entre le Japon et ces îles;

- a) daß bis zum Abschluß von Zollverhandlungen mit Japan zum Zwecke des Beitrittes dieses Landes gemäß Artikel XXXIII und ohne Präjudiz der Stellungnahme der einzelnen Vertragsstaaten hinsichtlich der Frage eines solchen späteren Beitrittes die Handelsbeziehungen zwischen den teilnehmenden Vertragsstaaten und Japan auf dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen begründet sein sollen, so zwar, als ob die Bestimmungen für die Anwendung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens auf beitretende Regierungen, die von den VERTRAGSSTAATEN am 23. Oktober 1951 gebilligt wurden (*grundlegende Urkunden und ausgewählte Dokumente*, Band 1, Seiten 111 bis 115), in dieser Deklaration aufgenommen wären und als ob die dieser Deklaration angeschlossene Konzessionsliste, die Liste einer beitretenden Regierung im Sinne der obigen Bestimmungen wäre;

- b) daß angesichts des provisorischen Charakters des Status der Inseln, auf die in Artikel III des Friedensvertrages mit Japan Bezug genommen ist, diese Deklaration keine Modifikation der bestehenden Handelsbeziehungen zwischen Japan und den besagten Inseln erfordert;

(c) the arrangements embodied in this Declaration shall not be applied after the accession of Japan to the General Agreement following tariff negotiations with contracting parties, or after 30 June 1955 unless it has been agreed to extend the validity of this Declaration to a later date;	(c) les arrangements incorporés dans la présente Déclaration cesseront d'être appliqués après l'adhésion du Japon à l'Accord général qui suivra les négociations tarifaires avec des parties contractantes, ou après le 30 juin 1955, à moins qu'il ait été convenu de proroger la validité de la présente Déclaration jusqu'à une ultérieure;	c) daß die in dieser Deklaration niedergelegten Vereinbarungen nicht nach dem auf Grund von Zollverhandlungen mit den Vertragsstaaten erfolgten Beitritte Japans zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen oder nach dem 30. Juni 1955 gelten sollen, es sei denn, daß die Verlängerung der Gültigkeit dieser Erklärung bis zu einem späteren Zeitpunkt vereinbart worden wäre;
(d) this Declaration shall become effective between Japan and any contracting party on the thirtieth day following the day upon which it will have been signed by Japan and accepted by that contracting party.	(d) la présente Déclaration prendra effet entre le Japon et toute partie contractante le trentième jour qui suivra celui où elle aura été signée par le Japon et acceptée par ladite partie contractante.	d) daß diese Erklärung zwischen Japan und dem betreffenden Vertragsstaat am 30. Tage nach Unterzeichnung durch Japan und Annahme durch den betreffenden Vertragsstaat wirksam werden soll.
2. REQUEST the CONTRACTING PARTIES to perform such functions as are necessary for the operation of this Declaration.	2. DEMANDENT que les PARTIES CONTRACTANTES exercent toutes fonctions qui seront nécessaires pour mettre en oeuvre la présente Déclaration.	II. ERSUCHEN die teilnehmenden Vertragsstaaten die VERTRAGSSTAATEN, jene Maßnahmen durchzuführen, die für die Anwendung dieser Deklaration erforderlich sind.
3. This Declaration shall remain open for signature until 31 December 1953 by contracting parties and by Japan at the Headquarters of the CONTRACTING PARTIES.	3. La présente Déclaration demeurera ouverte jusqu'au 31 décembre 1953 à la signature des parties contractantes et du Japon au siège des PARTIES CONTRACTANTES.	III. Diese Deklaration kann bis zum 31. Dezember 1953 durch die Vertragsstaaten und Japan am Sitze der VERTRAGSSTAATEN unterzeichnet werden.
DONE at Geneva this twenty-fourth day of October, one thousand nine hundred and fifty-three, in a single copy in the English and French languages, both texts authentic except as regards the Schedule annexed hereto which appears and is authentic only in the English language.	FAIT à Genève ce vingt-quatrième jour d'octobre mil neuf cent cinquante-trois, en un seul exemplaire, en langues française et anglaise, les deux textes faisant également foi sauf en ce qui concerne la liste ci-jointe qui est reproduite et fait foi en anglais seulement.	GESCHEHEN zu Genf, am 24. Oktober 1953, in einfacher Ausfertigung in englischer und französischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind mit Ausnahme des Wortlautes der angeschlossenen Konzessionsliste, die nur in englischer Sprache vorhanden und in dieser authentisch ist.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diese Deklaration für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in dieser Deklaration enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und vom Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, den 18. März 1954.

Der Bundespräsident:

Körner

Der Bundeskanzler:

Raab

Der Bundesminister für Finanzen:

Kamitz

Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau:

Illig

Der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten:

Figl

Die in Punkt III dieser Deklaration vorgesehene Frist wurde für einige Staaten, darunter für Österreich, durch Beschluß der Vertragsstaaten bis 30. April 1954 erstreckt.

Die Deklaration, welche von Japan am 24. Oktober 1953 unterzeichnet und von Österreich am 20. März 1954 angenommen wurde, ist gemäß ihrem Punkt I d im Verhältnis zwischen Japan und Österreich am 19. April 1954 in Kraft getreten.

Raab

205.

Nachdem die am 24. Oktober 1953 in Genf unterzeichnete Deklaration, betreffend die fortgesetzte Anwendung der Listen im Anhang zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, welche also lautet:

Declaration on the continued Application of Schedules to the General Agreement on Tariffs and Trade.

The contracting parties to the General Agreement on Tariffs and Trade (hereinafter referred to as "the General Agreement"),

CONSIDERING that, under the provisions of Article XXVIII (as amended), the assured life of the concessions embodied in the schedules annexed to the General Agreement will expire on 31 December 1953, in the sense that thereafter it will become possible for a contracting party by negotiation with other contracting parties to modify or cease to apply the treatment which it has agreed to accord under Article II to any products described in its schedule,

Déclaration relative à la prorogation de validité des listes annexées à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce.

Déclaration du 24 octobre 1953.

Les Parties Contractantes à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (ci-après dénommé « l'Accord général »),

CONSIDÉRANT que, en vertu des dispositions de l'article XXVIII (tel qu'il a été amendé), la durée de validité obligatoire des concessions reprises dans les listes annexées à l'Accord général cessera au 31 décembre 1953, en ce sens que, après cette date, toute partie contractante pourra, par voie de négociations avec d'autres parties contractantes, modifier ou cesser d'appliquer le traitement qu'elle avait consenti, en vertu de l'article II, à un produit repris dans sa Liste,

(Übersetzung)

Deklaration betreffend die fortgesetzte Anwendung der Listen im Anhang zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen.

IN DER ERWAGUNG, daß gemäß den Bestimmungen des Artikels XXVIII (in neuer Fassung) die gesicherte Geltungsdauer der Konzessionen, die in den dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen angeschlossenen Listen enthalten sind, am 31. Dezember 1953 enden wird, so zwar, daß es nach diesem Zeitpunkt für einen Vertragsstaat möglich sein wird, im Wege von Verhandlungen mit anderen Vertragsstaaten die Anwendung einer Zollbehandlung zu ändern oder einzustellen, die er gemäß Artikel II für eine in der betreffenden Liste genannte Ware zugestanden hat,

CONSIDERING that, although by the terms of the Agreement the schedules will retain their full validity notwithstanding the expiry of their assured life, the possibility of invocation by contracting parties of the procedure of Article XXVIII for modification of specific concessions would, in present circumstances, impair the stability of tariff rates which has been one of the principal achievements of the General Agreement, and

CONSIDERING FURTHER that it would be particularly undesirable to arrive at such a result at a time when a number of contracting parties are studying ways and means of making further progress in the reduction of tariffs and other barriers to trade and towards the achievement of the other objectives of the General Agreement,

HEREBY DECLARE that they will not invoke prior to 1 July 1955 the provisions of Article XXVIII paragraph 1 of the General Agreement to modify or cease to apply the treatment which they have agreed to accord under Article II of the General Agreement to any product described in the appropriate schedule annexed to the General Agreement.

The provisions of this Declaration shall not apply to concessions initially negotiated with a government with respect to which this Declaration is not in effect.

The Declaration shall be open for signature at Geneva until 30 October 1953. It shall thereafter be deposited with the Secretary-General of the United

CONSIDERANT que, et bien qu'aux termes de l'Accord les listes doivent rester intégralement en vigueur notwithstanding l'expiration de leur validité obligatoire, la faculté qu'on les parties contractantes d'invoquer la procédure de l'article XXVIII pour modifier des concessions déterminées, compromettrait, dans les circonstances actuelles, la stabilité des droits de douane qui constitue l'une des principales réalisations du GATT,

CONSIDERANT, d'autre part, qu'un tel résultat serait particulièrement regrettable alors qu'un certain nombre de parties contractantes étudie les voies et moyens qui permettraient d'accomplir de nouveaux progrès dans la réduction des tarifs et autres entraves au commerce et la réalisation des autres objets de l'Accord général,

DECLARENT qu'elles n'invoqueront pas avant le 1^{er} juillet 1955 les dispositions du paragraphe premier de l'article XXVIII de l'Accord général en vue de modifier ou de cesser d'appliquer le traitement qu'elles avaient consenti, en vertu de l'article II de l'Accord général, à un produit repris dans la liste correspondante annexée à l'Accord général.

Les dispositions de la présente Déclaration ne seront pas applicables aux concessions primitivement négociées avec un gouvernement à l'égard duquel la présente Déclaration demeure sans effet.

La présente Déclaration sera ouverte à la signature à Genève jusqu'au 30 octobre 1953; elle sera déposée ensuite auprès du Secrétaire général des Nations

IN DER ERWAGUNG, daß, obschon im Sinne der Bestimmungen des Abkommens die Listen ihre volle Gültigkeit trotz des Ablaufes der gesicherten Geltungsdauer beibehalten werden, die Möglichkeit einer Anwendung des Vorganges gemäß Artikel XXVIII hinsichtlich der Änderung bestimmter Konzessionen durch Vertragsstaaten bei den gegenwärtigen Umständen die Stabilität der Zollsätze, die eine der hauptsächlichsten Errungenschaften des Allgemeinen Abkommens war, gefährden würde und

IN DER ERWAGUNG schließlich, daß es keinesfalls wünschenswert wäre, einen derartigen Zustand zu einer Zeit herbeizuführen, in der eine Anzahl von Vertragsstaaten Möglichkeiten und Mittel prüfen, um hinsichtlich der Herabsetzung von Zöllen und des Abbaues anderer Handelsschranken sowie zwecks Erreichung anderer Ziele des Allgemeinen Abkommens weitere Fortschritte zu machen,

ERKLÄREN die Vertragsstaaten zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (hier „Allgemeines Abkommen“ genannt) hiermit, daß sie vor dem 1. Juli 1955 von einer Anwendung der Bestimmungen des Artikels XXVIII, Absatz 1, des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, eine Zollbehandlung zu ändern oder einzustellen, die sie gemäß Artikel II des Allgemeinen Abkommens für eine in der betreffenden, diesem Abkommen angeschlossenen Liste genannte Ware zugestanden haben, Abstand nehmen werden. Die Bestimmungen dieser Deklaration finden auf Zugeständnisse keine Anwendung, die ursprünglich mit einer Regierung vereinbart wurden, der gegenüber diese Deklaration nicht in Kraft tritt.

Diese Deklaration kann bis zum 30. Oktober 1953 in Genf unterzeichnet werden. Sodann wird sie beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinter-

Nations, who is authorized to register this Declaration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, and shall be open for signature at the Headquarters of the United Nations until 31 December 1953.

The Secretary-General of the United Nations shall promptly furnish a certified copy of this Declaration to each Member of the United Nations, to each other government which participated in the United Nations Conference on Trade and Employment, and to any other interested government.

IN WITNESS WHEREOF the respective representatives, duly authorized, have signed the present Declaration.

DONE at Geneva, in a single copy, in the English and French languages, both texts authentic, this twenty fourth day of October, one thousand nine hundred and fifty-three.

Unies qui est habilité à l'enregistrer, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, et sera ouverte à la signature au Siège des Nations Unies jusqu'au 31 décembre 1953.

Le Secrétaire général des Nations Unies transmettra sans délai à tous les membres de l'Organisation des Nations Unies, aux autres gouvernements qui ont pris part à la Conférence des Nations Unies sur le commerce et l'emploi ainsi qu'à tout autre gouvernement intéressé, copie certifiée conforme de la présente Déclaration.

EN FOI DE QUOI, les représentants soussignés, dûment autorisés, ont signé la présente Déclaration.

FAIT à Genève, en un seul exemplaire, en langue française et anglaise, les deux textes faisant également foi, le vingt-quatre jour d'octobre, mil neuf cent cinquante-trois.

legt werden, der ermächtigt ist, diese Deklaration gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren zu lassen, und kann am Sitze der Vereinten Nationen bis zum 31. Dezember 1953 unterzeichnet werden.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird unverzüglich eine legalisierte Kopie dieser Deklaration jedem Mitgliedstaat der Vereinten Nationen, jeder anderen Regierung, die an der von den Vereinten Nationen veranstalteten Konferenz über Handel und Beschäftigung teilgenommen hat, und jeder anderen interessierten Regierung zusenden.

URKUND DESSEN haben die betreffenden, ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter diese Deklaration unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Genf, in einfacher Ausfertigung in englischer und französischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind, am 24. Oktober 1953.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diese Deklaration für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in dieser Deklaration enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und vom Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, den 21. April 1954.

Der Bundespräsident:
Körner

Der Bundeskanzler:
Raab

Der Bundesminister für Finanzen:
Kamitz

Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau:
Illig

Der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten:
Figl

Österreich hat zwischen dem 1. Jänner 1954 und dem 21. April 1954 als dem Tag der Ratifikation der vorliegenden Deklaration sich jeder Kündigung von Zollkonzessionen seiner GATT-Liste enthalten. Die in Absatz 5 der Deklaration vorgesehene Frist wurde für einige Staaten, darunter für Österreich, durch Beschluß der Vertragsstaaten bis 30. April 1954 erstreckt. Die gegenseitliche Deklaration ist für Österreich am 1. Jänner 1954 in Kraft getreten.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei.

Raab